

# Land stockt Finanzen der Hochschulen auf

## KIT-Chef Hanselka spricht von positivem Signal

*Von unserem Redaktionsmitglied  
Wolfgang Voigt*

**Stuttgart.** Die grün-rote Landesregierung stockt die Finanzen der Hochschulen im Land deutlich auf: Von 2015 bis 2020 sollen 1,7 Milliarden Euro zusätzlich bereitstehen. Der Betrag setzt sich aus einer Erhöhung der sogenannten Grundfinanzierung und zusätzlichen Mitteln für den Hochschulbau zusammen. Daneben gibt es mehr Geld, um die Energiekosten tragen zu können.

Mit den Eckpunkten des Hochschul-Finanzierungs-Vertrags unter der Überschrift „Perspektive 2020“ stärke das Land die Autonomie der Hochschulen und sichere ihre Handlungsfähigkeit, erklärte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Finanzminister Nils Schmid (SPD) sagte: „Wir schaffen Vorfahrt für Bildung.“ Mit diesem Hochschul-Finanzierungs-Paket setze Baden-Württemberg im Ländervergleich Maßstäbe, zeigten sich Bauer und Schmid überzeugt. Im Herbst soll der Vertrag unterzeichnet werden. In den nächsten Wochen geht es um die Verteilung des Geldes auf die Hochschularten.

---

### Ministerin Bauer sieht die Autonomie gestärkt

---

Anerkennend äußerte sich Hans-Jochen Schiewer, Vorsitzender der Rektorenkonferenz der baden-württembergischen Universitäten. Er sei „außerordentlich beeindruckt“ von der Entscheidung, erklärte der Rektor der Universität Freiburg. Die Landesregierung habe die Nöte der Hochschulen erkannt und gehandelt. Man begrüße den Schritt vorbehaltlos, sagte Schiewer und bezeichnete den Südwesten als „Wissenschaftsmusterlande“.

Von einem „deutlichen und positiven Signal für die Hochschulen“ sprach auch Holger Hanselka,

der Präsident des KIT. Man blicke nun mit Spannung auf die weiteren Verhandlungen, die das Geld konkret den einzelnen Hochschularten zuweisen. Gleichwohl seien nicht alle strukturellen Probleme gelöst. Für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften würdigte der Rottenburger Rektor Bastian Kaiser das „sehr gute Ergebnis“. Die Eckdaten seien ein Beispiel dafür, dass „Nullverschuldung nicht gleichzusetzen ist mit Nullinvestition“. An den Hochschulen hatte es angesichts der Finanzlage teils erhebliche Proteste gegeben.